

1. MAI 2017 – REDE IN ZUG

Doris Bianchi, Stv. Sekretariatsleiterin SGB

Zukunft für alle. Sozialer. Gerechter

Meine Eltern haben ein Leben lang gechrampft. Harte körperliche Arbeit, tiefe Löhne, wenig Wertschätzung. Das alles haben sie auf sich genommen, weil sie keine besseren Perspektiven hatten. Sie kamen aus einer armen Gegend aus Italien in die Schweiz. Sie nahmen die Chrampferei aber vor allem in Kauf in der Hoffnung, dass es ihren Kindern einmal besser gehen soll. Die Zukunft sollte für ihre Kinder, dank Ausbildung und den Berufschancen in der Schweiz, besser sein. Meine Eltern haben dieses Ziel erreicht. Meinem Bruder und mir geht es heute finanziell besser als unseren Eltern. Wir müssen uns nicht mehr abrackern wie unsere Eltern.

Ob die Zukunft auch unserer Kinder positiv sein wird, daran zweifle ich momentan. Eine gute Ausbildung ist in der Schweiz keine Garantie mehr für eine sichere Arbeitsstelle. Die Arbeitslosigkeit verharrt auf einem für die Schweiz hohen Niveau. Und sogar auf einem höheren Niveau als im Süddeutschen Raum. Kein Wunder machen sich immer mehr Arbeitnehmende Sorgen um ihre Zukunft. Die Sorgen sind besonders gross bei den Ü50. Sie wissen es genau: Wer in diesem Alter die Stelle verliert, für den beginnt der soziale Abstieg.

Sorgevoll blicken auch die künftigen Rentnerinnen und Rentner in die Zukunft. Ihre Pensionskassen-Renten schmelzen dahin. Dies obschon sie immer mehr in die Pensionskassen reinbuttern. Im Schnitt wandert bereits 20% unseres Lohnes in die Pensionskassen. Und auch die AHV-Renten reichen hinten und vorne nicht für ein anständiges Leben im Alter.

Auch die jüngeren Leute machen sich Sorgen über die Zukunft. Etwa junge Väter und Mütter. Wie sie Familie und Beruf vereinbaren können? Sie fragen sich, wann Frauen endlich gleich verdienen werden. Wie der ständig wachsende Stress bei der Arbeit ausgehalten werden kann? Ob es neben den hohen Mieten und den immer steigenden Krankenkassenprämien noch reicht für ein gutes Leben?

Sorgen haben auch die Ausländerinnen und Ausländer in diesem Land. Denn offene Fremdenfeindlichkeit ist salonfähig geworden. Und es bleibt nicht bei den dummen Sprüchen. Allzu oft sind es die ausländischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die als Sündenböcke für die Missstände auf dem Arbeitsmarkt – für die Lohndrückerei – herhalten müssen.

Nur die Grossverdiener müssen sich keine Sorgen um ihre Zukunft machen. Sie können auch bei schlechtem Geschäftsgang auf hohe Boni zählen. Ihre Dividenden sprudeln kräftig. Sie können sich fast grenzenlos in die Pensionskassen einkaufen und sich damit das Rentenalter vergolden. Steuern sparen sie damit auch noch und das nicht zu knapp.

Nicht nur der Reichtum ist in diesem Land ungleich verteilt. Auch die Zukunftsaussichten. Damit auch die grosse Mehrheit der Leute, jene, die ihr Brot durch ehrliche Arbeit verdienen, auf eine Zukunft zählen können, die sozial und gerecht ist, braucht es die Gewerkschaften.

Der 1. Mai ist unser Fest. Es ist der Anlass, an welchem die Bedeutung der Gewerkschaften in Erinnerung gerufen wird. Vieles, was uns heute selbstverständlich in der Schweiz erscheint, ist dank den Gewerkschaften zu Stande gekommen.

Dank dem gemeinsamen Kampf von vielen unserer mutigen Vorgänger und Vorgängerinnen ist es in der Schweiz gelungen, eine Altersvorsorge einzuführen, die Arbeitszeiten zu begrenzen und für anständige Löhne zu sorgen. Diese sozialen Errungenschaften sind nicht vom Himmel gefallen. Es wurde uns nichts geschenkt. Im Gegenteil. Die Wirtschaft zum Wohle der Arbeitnehmenden zu verändern ist eine zähe Sache.

Aber dank eurem Engagement bleiben die Gewerkschaften auch heute die prägende Kraft für Ausgleich und Gerechtigkeit in der Schweiz. Wir sind matchentscheidend für die Ausgestaltung der sozialen Schweiz. Zusammen mit den progressiven Parteien haben wir es in der Vergangenheit immer wieder geschafft die soziale Absicherung zu verteidigen oder zu verbessern.

Wir sind stark im Kampf gegen Verschlechterungen. Nicht nur bei der sozialen Sicherheit oder bei den Arbeitsbedingungen. Auch im Steuerrecht. Im letzten Februar bei der Abstimmung gegen die Unternehmenssteuerreform III haben wir es wieder bewiesen. Wir konnten eine überladene Steuervorlage, die auf dem Buckel der Normalverdiener gegangen wäre, versenken. Die oben entlasten heisst nicht denen von unten zu helfen. Die oben entlasten heisst, dass die unten zahlen müssen.

Wir sind auch in nächster Zeit gefragt, um Verschlechterungen abzuwehren. Ganz konkret im Arbeitsgesetz. Hier plant das Parlament in Bern aktuell eine regelrechte Schleifung des Arbeitnehmerschutzes. Angeführt von den Arbeitgebern planen die bürgerlichen Parteien, das Arbeitsgesetz zu verwässern. Grosse Teile der Mitarbeitenden sollen nicht mehr die Arbeitszeiten aufschreiben dürfen. Für sie gilt nicht mehr das Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit. Das Arbeiten rund um die Uhr wird so legal. Dank ständiger Erreichbarkeit frisst sich die Arbeit immer mehr ins Private. Kein Wunder, klagen immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über Stress bei der Arbeit. Dagegen werden wir Gewerkschaften uns wehren. Arbeiten ohne Schranken macht krank. Und wer die Arbeitszeit nicht mehr aufschreiben darf, muss die Entschädigung für die Überstunden einstreichen. Zu einer solchen Gratisarbeit sagen wir Gewerkschaften nein. Wir werden uns dagegen wehren.

Wehren werden wir uns auch gegen die Ausdünnung im Service Public. Gegen die Schliessung von Poststellen, wie sie die Post in Aussicht gestellt hat. Gegen Sparpakete in den Kantonen und im Bund. Denn bei den Verschlechterungen im Service Public geht es nicht nur um den Arbeitsplatzverlust und um schlechtere Arbeitsbedingungen. Es geht um einen Abbau von öffentlichen Dienstleistungen. Auf die vor allem die Leute mit dem kleinen Portemonnaie angewiesen sind.

Für alle diese nächsten Einsätze brauchen wir die Kraft vieler. Daher ist es nötig, dass wir unsere Bewegung vergrössern. Dass wir viele mehr werden. In den Betrieben. Auf der Strasse. An der Urne. Erst so können wir gewinnen.

Aber wir Gewerkschaften sind mehr als nur der Verteidiger auf dem Spielfeld. Wir sind nicht bloss die Bewahrer des Status Quo - Wir wollen und können die Schweiz auch gestalten zum Besseren. Sozialer und Gerechter.

Wir setzen uns ein für Perspektiven. Brandaktuell bei der Rentenfrage. Wer künftig in Rente geht, muss sich mit einer viel tieferen Pensionskassenrente abfinden. Die Zweite Säule kann ihre Versprechungen nicht mehr halten. Der Baby-Boom aus der 50er- und bis Mitte 60er-Jahren ist heute ein Senioren-Boom. Deshalb ist die AHV auf eine Zusatzfinanzierung angewiesen. Die aktuelle Revision Altersvorsorge 2020 nimmt diese Situation auf und zeigt den Weg auf. Bei der Rentenhöhe. Erstmals seit 40 Jahren steigen die AHV Renten spürbar an. Für alle künftigen RentnerInnen. Mindestens um 840 Franken pro Jahr. Bei Ehepaaren bis zu Fr. 2'700 pro Jahr. Und die AHV erhält zusätzliche Gelder. Ab 2018 wird der AHV eine zusätzliche Milliarde zufließen, ohne dass dafür die MwSt erhöht werden muss. Erst 2021 wird die MwSt moderat erhöht. Damit sind die AHV Renten im nächsten Jahrzehnt gesichert. Die automatische Anpassung der AHV Renten bleibt so erhalten. Davon profitieren die jetzigen RentnerInnen. Damit wird die AHV als unser wichtigstes Sozialwerk gestärkt. Dank unserem Einsatz, unserer Volksinitiative AHVplus, konnten die Weichen der Altersvorsorge in Richtung AHV gesetzt werden. Sehr zum Leid der Arbeitgeberseite und mit ihnen der FDP und der SVP. Sie wollen die AHV aushungern und unsere Renten tief halten. So wollen sie Rentenalter 67 für alle einführen und uns noch mehr in das ineffiziente private Sparen in der dritten Säule drängen.

Klar - die Revision Altersvorsorge 2020 bringt auch einen Rückschritt. Das Rentenalter für Frauen wird rasant erhöht. Auf 65. Aber mit der Revision wird auch der längst überfällige bessere Versicherungsschutz bei Teilzeitarbeit eingeführt. Frauen, die jahrelang Teilzeit gearbeitet haben, werden künftige eine bessere Rente erhalten. Die Rentenungleichheit zwischen Frauen und Männern wird so gemildert.

Etwas bessere Zukunftsaussichten gibt es auch für Arbeitslose kurz vor der Pensionierung. Sie bleiben weiterhin in ihrer Pensionskasse versichert und können dann bei Pensionierung auf eine Rente zählen. Heute verlieren sie mit ihrer Stelle auch den Anspruch auf eine Altersrente ihrer PK. Nebst dem Drama des Stellenverlustes droht ihnen auch noch die Altersarmut. Dank den Gewerkschaften ist in der Revision Altersvorsorge diese Verbesserung aufgenommen worden.

Die Altersvorsorge 2020 verdient unsere Unterstützung. Wir Gewerkschaften haben diese Revision geprägt und verträglicher ausgestaltet. Darum sagen wir am 24. September JA zu dieser Revision. Ja zu einer Stärkung der AHV und zu sicheren Renten.

Geprägt haben wir auch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative. Düstere Zeiten wären nach dem Willen des Bundesrates aufgezogen. Kontingente und Saisonierstatut. Ineffizienz und Unmenschlichkeit. Ohne die wirklichen Probleme auf dem Arbeitsmarkt zu lösen. Mit der Stellenmeldepflicht wie sie nun das Parlament beschlossen hat, konnten wir das Blatt zum Besseren wenden.

Es bleibt aber besonders für die älteren Arbeitslosen noch viel zu tun. Hier sind wir gefordert. Langdiente ältere Mitarbeitende verdienen einen besonderen Schutz: Denn wenn sie die Stelle verlieren,

haben sie auf einem Arbeitsmarkt, der immer mehr auf Profitmaximierung und Jugendlichkeit setzt, keine Chance mehr. Wenn der Anstand in den Teppichetagen abhanden gekommen ist und auch Entlassungen nach 20 Jahren Betriebszugehörigkeit normal geworden sind, ist die Zeit reif für einen strengeren Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmende. Und nicht für Lohnkürzungen bei den Ü55 wie sie der Arbeitgeberpräsident Vogt verlangt. Wir brauchen keinen Vogt, der uns sagt, was zu tun ist.

Unser Einsatz ist auch für die Arbeitnehmerinnen nötig. Die immer noch weniger verdienen als die Männer. Frauen, die sich zwischen Beruf und Familie aufreiben müssen. Hier in der Schweiz, aber auch weltweit. Die Frauenbewegung, die sich seit Donald Trumps Wahl verstärkt zur Wehr setzt, weckt Hoffnung, dass nun endlich Fortschritte im Alltag der Frauen möglich sein können. Wir sind dabei.

Eine positive Zukunft für alle und nicht nur für die Grossverdiener. Eine Zukunft, die nicht von Konkurrenz und Profitmaximierung geprägt ist. Sondern von Solidarität und Gerechtigkeit. Das ist keine Utopie. Dafür stehen die Gewerkschaften. Gemeinsam können wir das erreichen. Die gebündelte Kraft vieler kann vieles verändern. Dafür feiern wir den 1. Mai.